

# **Stoppt den politischen Genozid und Feminizid gegen Kurdinnen und Kurden in der Türkei!**

## **Freiheit für Abdullah Öcalan!**

Die rassistische und repressive Politik des türkischen Staates gegen die kurdische Bevölkerung hat ein Ausmaß erreicht, das als ein politischer und kultureller Genozid bezeichnet werden kann. Diese Politik des Genozids bedroht das Leben und die elementaren Rechte kurdischer und progressiver AktivistInnen in der Türkei.

### **Eskalation des Krieges: Einsatz chemischer Waffen und Massaker an der Zivilbevölkerung**

Seit August 2011 bombardiert die türkische Luftwaffe ununterbrochen viele Gebiete in Nord- und Südkurdistan. Durch die Bombardierungen wurden massive Waldbrände ausgelöst, Viehherden getötet, Ackerflächen, Brücken und Häuser zerstört. Bei den Luftangriffen auf das Kandil-Gebiet wurden u.a. zwei zivile Fahrzeuge beschossen, wobei sieben Angehörige einer Familie ums Leben kamen. Erneut setzte die türkische Armee am 22.10.2011 aufgrund des Befehls des AKP-Politikers und türkischen Staatspräsidenten Abdullah Gül durch internationales Recht verbotene chemische Waffen ein. Bei dem Chemiewaffenangriff in der Region Cele/Cukurca wurden 36 kurdische FreiheitskämpferInnen auf bestialische Art und Weise getötet, ihre Leichname bis zur Unkenntlichkeit entstellt. Am 29.12.2011 bombardierten türkische Kampfflugzeuge nachts eine Gruppe von Zivilisten in der Nähe des Dorfes Roboskî im Kreis Qileban (Uludere), Provinz Şîrnêx (Şîrnak), Türkei. Bei dem Massaker wurden 35 Menschen, darunter viele junge Menschen im Alter von 15 bis 20 Jahren, ermordet. Ihre Leichen wurden in zerstückeltem und entstelltem Zustand geborgen.

### **Massenfestnahmen und Schauprozesse**

Seit dem 14. April 2009 finden in der Türkei permanent Massenfestnahmen statt, die einem politischen Genozid gleichen: Ca. 9.000 kurdische PolitikerInnen, Menschenrechts- und FriedensaktivistInnen, Gewerkschafter, AktivistInnen der Frauen- und Jugendbewegung wurden in den vergangenen anderthalb Jahren verhaftet. Unter ihnen befinden sich 6 kurdische Parlamentsabgeordnete, 33 amtierende und mehrere ehemalige BürgermeisterInnen, zahlreiche Stadträte und Parteivorstände der Partei für Frieden und Demokratie BDP. Am 7. Juni 2012 wurden in der vom Erdbeben betroffenen Stadt Wan, der Oberbürgermeister Bekir Kaya, fünf weitere BezirksbürgermeisterInnen und 10 Mitglieder der Partei für Frieden und Demokratie (BDP) verhaftet. Auch türkische AkademikerInnen und Intellektuelle wurden verhaftet, die sich mit den Kurden für eine friedlich-politische Lösung solidarisch engagierten. Im Dezember wurden in gezielten Operationen 33 RechtsanwältInnen aus dem Verteidigerteam von Abdullah Öcalan sowie 35 JournalistInnen von kurdischen und progressiven Medien verhaftet. Eine breitere Öffentlichkeit erreichten auch Berichte über Vergewaltigungen in der Kinder- und Jugendvollzugsanstalt Pozanti. Die JournalistInnen, die diese Fälle öffentlich machten, wurden kurz darauf selbst ins Gefängnis gesteckt. Das unter dem Namen „KCK-Verfahren“ seit Oktober 2010 gegen 152 kurdische PolitikerInnen in Diyarbakir durchgeführte Hauptverfahren, gleicht einem Schauprozess. 104 der Angeklagten befinden sich seit dem 14. April 2009 in Haft, ohne dass sie bislang verurteilt wurden. Zudem ist es den Angeklagten verboten, sich in ihrer kurdischen Muttersprache zu verteidigen. Ein weiterer Massenprozess gegen AnwältInnen und JournalistInnen beginnt am 16. Juli 2012 in Istanbul.

Während die Gefängnisse überfüllt sind, werden weiterhin täglich ca. 20-40 Menschen im Rahmen der „KCK-Operationen“ verhaftet. Mitte Juni kam es in mehreren Haftanstalten zu Aufständen gegen die unerträglichen Bedingungen. 13 Gefangene im Alter zwischen 20 und 25 Jahren wurden am 16. Juni 2012 bei einem Brand im Gefängnis von Urfa getötet; über 40 wurden verletzt.

### **Feminizid unter der AKP-Regierung**

Gewalt gegen Frauen und Frauenmorde sind ein weiterer Bereich, in dem die Folgen der AKP-Politik deutlich zutage treten: In der Regierungszeit der AKP hat Gewalt gegen Frauen offiziellen Zahlen zufolge zu 1400-1500% zugenommen! Auch die zunehmenden Selbstmorde von Frauen sind alarmierend. Zugleich ging die Anzahl der Frauen in der Lohnarbeit von 39% auf 24% zurück. Anstatt wirksame Maßnahmen zur Bekämpfung von geschlechtsspezifischer Gewalt zu ergreifen, fördert die AKP mit ihrem Konzept des „politischen Islam“, sexistische und frauenfeindliche Tendenzen. Nach den Wahlen vom Juni 2011 wurde das Frauenministerium auf ein "Familienministerium" reduziert. Führende AKP-Politiker werben für das Modell der "nationalistischen, kopftuchtragenden, hinter ihren Männern stehenden und mindestens 3-5 Kinder gebärenden" Frau, fordern ein Verbot von Abtreibungen und Kaiserschnitten.

Während die Kontrolle über den Körper und das Leben von Frauen immer restriktiver wird, wird Gewalt gegen Frauen legitimiert, die diesem Rollenbild nicht entsprechen (wollen). Vor allem politische Aktivistinnen sind enormen staatlichen Angriffen ausgesetzt. Viele kurdische Aktivistinnen der Demokratischen Freien Frauenbewegung (DÖKH) wurden verhaftet und gefoltert, allein weil sie sich für eine geschlechterbefreite Gesellschaft einsetzten und aktiv in das politische Geschehen eingriffen.

### **Totalisation gegen Abdullah Öcalan = Krieg gegen die KurdInnen**

Die AKP-Regierung eskalierte die Angriffe und den Krieg gegen die kurdische Bevölkerung und ihre Freiheitsbewegung in einer Phase, in der die politische Lösung der kurdischen Frage erstmalig in greifbare Nähe geraten war und ein Dialog der Konfliktparteien begonnen hatte. Abdullah Öcalan, dem Millionen von Kurden und Kurdinnen als ihrem legitimen politischen Repräsentanten ihr Vertrauen aussprechen, hatte sich seit 1993 aktiv um eine friedliche, demokratische Lösung der kurdischen Frage bemüht. Obwohl eine Delegation des türkischen Staates auf der Gefängnisinsel İmralı mit Abdullah Öcalan und an verschiedenen Orten mit VertreterInnen den Dialog suchte und im Juli 2011 eine gewisse Übereinstimmung bezüglich der notwendigen Schritte für einen Friedensprozess erzielt werden konnten, wurden all diese Bemühungen seitens der AKP-Regierung ignoriert und mit neuen anti-demokratischen Angriffen und Krieg beantwortet. Es zeigt sich vielmehr, dass die AKP-Regierung diesen Dialog als eine Hinhaltetaktik benutze. Während die kurdischen Guerillakräfte weiterhin einseitige Waffenstillstände und eine Phase der Aktionslosigkeit einhielten, unternahm die türkische Regierung keinerlei konkrete Schritte für einen Friedensprozess, sondern begann mit Massenverhaftungen gegen kurdische PolitikerInnen und militärischen Vernichtungsoperationen. Damit wurde deutlich, dass die Regierung den Dialog nicht mit der Zielsetzung einer politischen Lösung geführt hatte. Als Konsequenz dieser Politik verhängte der Staat am 27. Juli 2011 eine Totalisation gegen Abdullah Öcalan. Seitdem wurden alle Anwalts- und Angehörigenbesuche bei Herrn Öcalan sowie sein Recht auf Verteidigung unter fadenscheinige Begründungen, wie „das Boot ist kaputt“ oder „schlechte Wetterbedingungen“ systematisch verhindert. Die menschenrechtswidrige Kontaktsperre besteht nun seit fast einem Jahr.

### **Frieden in Kurdistan erfordert die Freiheit von Öcalan**

Aus Sicht der Kurdinnen und Kurden ist die Haltung des türkischen Staates gleichbedeutend mit der Haltung gegenüber ihren Forderungen nach Anerkennung ihrer Identität und der Achtung ihrer demokratischen und kulturellen Rechte. Auch breite Kreise der Öffentlichkeit in der Türkei und des Staates sind sich mittlerweile darüber bewusst, dass Abdullah Öcalan eine Schlüsselrolle für den Friedensprozess und die Demokratisierung der Türkei spielt. Dies versucht die AKP-Regierung mit allen Mitteln zu verhindern. Die Erfahrungen aus anderen Konfliktgebieten haben uns gezeigt, dass ein gerechter Friede und Demokratie nur über einen offenen Dialog aller Parteien möglich ist. Wir sind der Meinung, dass mit der Freilassung von Abdullah Öcalan eine friedliche Lösung der kurdischen Frage und eine nachhaltige Demokratisierung der Türkei in unmittelbarer Nähe liegen. Deshalb setzen sich KurdInnen an allen Orten für seine Freilassung ein. Nach dem langen Marsch von Genf nach Straßburg, der vom 1. bis zum 18. Februar 2012 in eisiger Kälte unter dem Motto „Freiheit für Abdullah Öcalan – Politischer Status für das kurdische Volk“ durchgeführt wurde; einem Hungerstreik von 15 kurdischen AktivistInnen in Strassburg, der nach 52 Tagen, am 21. April 2012 beendet worden; findet nun eine ständige Mahnwache der „Initiative Freiheit für Öcalan“ vor dem Europarat in Straßburg statt, die bis zur Freilassung von Abdullah Öcalan fortgesetzt werden wird.

### ***Cenî – Kurdisches Frauenbüro für Frieden e.V. unterstützt diese Aktionen und fordert:***

- **Sofortige Sicherstellung der Bewegungsfreiheit, der Gesundheit und Sicherheit von Abdullah Öcalan**
- **Anerkennung der Demokratischen Autonomie der Kurden in der Türkei, Iran und Syrien im Einklang**
- **Sofortige Beendigung des politischen Genozids und Feminizids durch das AKP-Regime**
- **Einstellung aller politischer, militärischer und ökonomischer Unterstützung für das AKP-Regime sowie ein sofortiges Waffenembargo gegen die Türkei**
- **Aufklärung und Verurteilung aller Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen**

*Kurdisches Frauenbüro für Frieden - Cenî e.V.  
Düsseldorf, Juli 2012*



Buroya Astiyê ya Jinên Kurd  
Kurdisches Frauenbüro für Frieden  
Kurdish Women's Peace Office  
Bureau des Femmes Kurdes pour la Paix

Corneliusstr.125; 40215 Düsseldorf  
Tel.: +49 211 5989251; Email: [cenî\\_frauen@gmx.de](mailto:cenî_frauen@gmx.de)